

außerhalb des Glaubens Liegende dem gleichen corpus peccati einbeschlossen; denn es ist alles Lüge. Es hat keinen Sinn, das Gewissen zu schärfen; denn es ist alles Sünde. Ja, es hat keinen Sinn, die Gebote Gottes — wenn auch nur als Naturrecht — ernst zu nehmen; denn was ich im Gehorsam gegen sie täte, wäre nur ein ‚blendendes Laster‘ (Augustin). Würde damit die Öffentlichkeit der Welt nicht in ungeheuerlichster Weise preisgegeben und die Christenheit zu einem esoterischen Klub, der keinerlei Kommunikation mehr mit der Außenwelt besäße? Wir stehen damit vor einem Problem, das an unsere Grundlagen rührt und das uns letzten Endes vom römischen Katholizismus gestellt wird.“ An anderer Stelle spricht Thielicke sogar von der Zerreißprobe der reformatorischen Ethik, wenn sie nichts anderes zu sagen habe als dies, daß alles Handeln außerhalb des Glaubens nichts als Sünde sei; und er weist ausführlich auf den schweren Widerspruch der politischen Ethik Luthers und des Luthertums hin, nämlich ihre Notlösung handfester „Schöpfungsordnungen“. Sie sei zwar noch zu Luthers Zeiten angesichts einer christlichen Gesellschaft möglich gewesen, aber heute komme man zu Lösungen wie unter dem Naziregime.

Wenn nicht alles täuscht, so wird eine Überwindung der moraltheologischen Kontroverse darin zu finden sein, daß

man Thielicke die sogenannte katholische Ontologie als ein Denkschema aufweist, welches auch die personale Existenz der erlösten Menschen in der Gegenwart Gottes und in der Erfüllung seines Willens als den Kern und Gipfel des Christseins in Fülle wahr und entfaltet. Er hat sich den katholischen Fragen wirklich gestellt, auch in der Naturrechtslehre. Was ihm bei seinem Bemühen mangelt, ist eine tiefere und lebendige Erfahrung des Katholischen an seinen Quellen, eine Erfahrung, die seine hypothetische Konstruktion durchbrechen und ihn zur Revision seiner Begriffe führen könnte. So auch zu der Erkenntnis, daß Luthers ausschließliche Herausarbeitung des personalistischen Charakters des Heilsvorganges weitgehend geistesgeschichtlich bedingt war, weil er als Kern des Menschseins das reflektierte Bewußtsein annahm und weil dieser Spiritualismus, wie besonders das tiefgründige Buch von Lambinet über das Wesen des katholisch-protestantischen Gegensatzes dargelegt hat, der Gnade Gottes die umwandelnde Macht im Sein des Menschen faktisch streitig macht. Vielleicht würde Thielicke dann auch die wachsende Gruppe jener evangelischen Theologen, die mit Osiander und den beiden Schlatter die Heiligung von der Einwohnung des Hl. Geistes so undialektisch verstehen wie der Apostel Johannes, etwas freundlicher betrachten.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Kritik der Remilitarisierungsumfragen

Die Bedeutung der Motiven-Analyse

Die „Herder-Korrespondenz“ veröffentlichte unter dem Titel „Gibt es eine deutsche öffentliche Meinung über die Wiederbewaffnung“ im Januar-Februar-Heft 1951 die Befragungsergebnisse einiger Meinungsforschungsinstitute, Zeitungen und Zeitschriften. Auf Grund der hohen Prozentzahlen ergab sich das suggestive Bild „der Ablehnung der Wiederaufrüstung Deutschlands und Befürwortung des im Bonner Grundgesetz verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes durch die überwiegende Mehrheit der Befragten“. Die starke Leserwirkung, die durch diese Veröffentlichung im In- und Ausland hervorgerufen wurde, berechtigt unser Vorhaben, an die in Deutschland geübte Meinungsforschung die Sonde der wissenschaftlichen Kritik anzulegen. Ohne kritische Wertung der Methoden besteht die Gefahr politischen Mißbrauches, auch wenn die Träger der Methoden selbst politisch unabhängig sein mögen. Grundsätzlich ist zu beachten:

Leser-Umfragen sind Stroh-Voten

Umfragen von Zeitungen und Zeitschriften werden von der Wissenschaft als Stroh-Voten bezeichnet. Das heißt, ihre Ergebnisse sind Zufallsergebnisse. Nicht jedes öffentliche Organ besitzt eine Leserschaft, die soziographisch genau erfaßt und beschrieben werden kann. Es gibt Zeitungen, die nur von einer bestimmten Gruppe (Altersschicht, Konfession, sozialer Schicht usw.) gelesen werden, und es gibt Zeitungen, die vom sensationsbestimmten Straßenverkauf leben. Da von den Zeitungen nur das

Ergebnis ohne soziographische Aufgliederung der Befragten und ohne Möglichkeit einer Nachprüfung veröffentlicht wird, bleibt unter allen Umständen zweifelhaft, ob und in welcher Hinsicht es als repräsentativ betrachtet werden kann. Man könnte allenfalls das „Gesetz der großen Zahl“ gelten lassen. Aber wer gibt die Gewähr, daß sich hinter der „großen Zahl“ nicht eine organisierte Aktion verbirgt? Nur eine einwandfreie soziographische Aufgliederung nach Geschlecht, Alter, Wohnort usw. vermöchte einen Einblick in die Zuverlässigkeit zu geben. Die wissenschaftliche Erfahrung beweist, daß in Deutschland die öffentliche Meinung wesentlich von Gruppenverhältnissen bestimmt wird. Die Bildungsstufen z. B. sind von besonderer Bedeutung. Die Zeitungs-umfrage gibt meist überhaupt keinen Aufschluß darüber, welche Gruppen vertreten waren und ob ihre Vertretung auch dem Stärkeverhältnis entsprach. Zu dieser Kritik an der objektiven Grundlage der Leserumfragen kommt die psychologisch einleuchtende Feststellung, daß solche Umfragen überwiegend nur von jenen beantwortet werden, die sich durch die Frage gefühlsmäßig stark angesprochen fühlen. Das ist bei einem Gesamtdurchschnitt immer nur ein gewisser Bruchteil. Wissenschaftlich können Zeitungs-umfragen daher nur als Symptom, nicht als gültige Repräsentativerhebung gewertet werden.

Der psychologische Gehalt der Frage ist durch Zeit und Situation bestimmt

Man kann Umfrage-Ergebnisse von verschiedener Fassung der Fragen, zu verschiedenen Zeiten gestellt und beantwortet, nicht auf einen Nenner bringen. Jede konkrete

Frage enthält eine sehr bestimmte Situation. Objektiv und subjektiv. Wird nur die Meinungsstatistik erhoben — d. h. die Summen der „Ja“, „Nein“ oder „Unentschieden“ (bzw. „Ohne Angabe“) —, muß die Wertung streng im Rahmen der Frage-Situation bleiben. Eine Frage wie: „Wünschen Sie persönlich ein verfassungsmäßiges Recht zu besitzen, den Kriegsdienst zu verweigern?“ („Die Wandlung“ 1948 — Die „Frankfurter Neue Presse“ 1948) betrifft die grundgesetzliche Verankerung eines als Menschenrecht oder religiöse Gewissensvorschrift gefühlten persönlichen Rechtes. Wie weit dahinter ein Wille zu tatsächlicher Kriegsdienstverweigerung steht, darüber etwas auf Grund der 76,3% oder 88,3% „Ja“ bestimmt auszusagen, wäre unwissenschaftlich. Das betrifft eine zweite Situation. Aus dem summarischen Umfrage-Ergebnis sind die Motive der Antworten nicht zu ersehen. Es dürfen auch keine Motive willkürlich unterstellt werden. Alle Fragen, die sich im Gedankenkreis der „Remilitarisierung“ halten, betreffen Vorstellungen von einer Restauration, d. h. sie verlangen eine Stellungnahme zur Frage der Wiederkehr von Situationen, die bestimmten Epochen der Vergangenheit angehören. Das sind Fragen wie: „Sind Sie für eine Remilitarisierung Deutschlands?“ — „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden?“ — „Willst du wieder eine Wehrmacht?“ — „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?“ — Jede dieser Fragen beschwört mehr oder weniger stark, d. h. suggestiv das Bild der Vergangenheit. Das kommt deutlich genug in der stereotypen Verwendung des Umstandswortes „wieder“ zum Ausdruck. Die hohen Prozentzahlen, mit denen die Wiederkehr vergangener Gebilde abgelehnt wird, müssen situationsgemäß als leidenschaftlicher Widerstand gegen eine Restauration gewertet werden. Wiederum wäre es verfehlt, aus diesem Zahlen-ergebnis der Meinungsstatistik auf eine absolute Ablehnung der Bewaffnung zu schließen. Dies alles betrifft nur die Problematik der Fragestellung, vom Fragwürdigen der Zeitungsumfrage an sich abgesehen. Schon diese Betrachtung genügt zum Beweis, daß ein Schluß von der Meinungsstatistik auf die Motive — die Verhaltensweisen der Befragten — nicht ohne weiteres erlaubt ist. Die Meinungsstatistik muß durch eine Analyse der Verhaltensweisen erhellt werden.

Meinungsstatistik und Analyse der Verhaltensweisen

Gerade in Erkenntnis der vielschichtigen Gruppenbildung in Deutschland hat die Forschungsstelle für Volkspsychologie in Wiesbaden, als deren wissenschaftlicher Leiter ich hier das Wort ergreife, die Analyse der Verhaltensweisen folgerichtig und planmäßig-zusammenfassend ausgebaut. Indem sie durch ihre psychologisch geschulten Mitarbeiter die wortgebundene Frage mit dem offenen Interview verbindet, werden die Befragten veranlaßt, ihr spontan abgegebenes Urteil gedanklich zu erläutern und zu begründen. Aus diesen mündlichen Begründungsaussagen lassen sich ihre Verhaltensweisen — nach Motiven-Gruppen geordnet — herausheben. Die Meinungsstatistik, die an sich nur einen bestimmten Zustand in der Gruppenhäufung von Vorstellungen, Gefühlen oder Willensregungen widerspiegelt, wird so sozialpsychologisch durchleuchtet. Dann erst können wir eine sichere Aussage über Meinungen und Motive abgeben.

Im folgenden will ich zur Frage der Bewaffnung einige Beispiele nach der von der genannten Forschungsstelle angewendeten Methode anführen.

Im Januar 1950 legte die Forschungsstelle 3000 Personen, die nach dem durch die Bevölkerungsstatistik gegebenen, gültigen Quoten-Schlüssel aus allen Ländern der Bundesrepublik ausgewählt waren, folgende Frage vor: „Sind Sie für eine gesamteuropäische Armee, zu der auch die Deutschen einige Divisionen zu stellen hätten?“ Die Frage entsprach genau einer zu dieser Zeit gegebenen Situation. Keine Beimischung von Restaurations-Vorstellungen, keine suggestiven Unterstellungen.

a) Der Befragten-Querschnitt, soziographisch gesehen

Von den Befragten waren: männlich 47%, weiblich 53%; Altersgruppen: 16—25 Jahre 21%, 26—49 Jahre 45%, 50—65 Jahre 24%, über 65 Jahre 10%; soziale Schichten: wirtschaftlich Schwache, Lohnempfänger 57%, mittlere Schichten 29%, gehobener Mittelstand und Oberschicht 14%; Konfessionen: katholisch 48%, evangelisch 46%, andere 6%; Anteil der Länder: Baden 4%, Württemberg-Hohenzollern 4%, Rheinland-Pfalz 5%, Bayern 20%, Baden-Württemberg 7%, Hessen 9%, Nordrhein-Westfalen 29%, Schleswig-Holstein 6%, Niedersachsen 14%, Hamburg 2%. Der Querschnitt entsprach mit geringen Abweichungen der soziographischen Struktur des Gesellschaftsaufbaues. Vor allem war der Querschnitt in den für die Meinungsbildung entscheidenden Gruppen des Geschlechts, Alters, der sozialen Schicht und der Konfessionen genau eingehalten.

b) Meinungsstatistik

Die Beantwortung der Frage ergab folgende Meinungsstatistik:

	Ja	Nein	Unentschieden
Gesamtquerschnitt	32%	53%	15%
Männer	38%	51%	11%
Frauen	26	55	19
16—25 Jahre	31%	52%	17%
26—49 „	32	54	14
50—65 „	31	55	14
über 65 „	34	47	19
Wirtsch. Schwache-Lohnempfänger	29%	55%	16%
Mittlere Schichten	33	53	14
Gehob. Mittelstand-Oberschicht	38	44	18
Katholiken	30%	54%	16%
Evangelische	33	51	16
Andere	31	55	14
Baden	28%	51%	21%
Württemberg-Hohenz.	28	61	11
Baden-Württemberg	27	59	14
Rheinland-Pfalz	27	58	15
Bayern	29	53	18
Hessen	28	58	14
Nordrhein-Westfalen	34	52	14
Schleswig-Holstein	37	47	16
Hamburg	35	51	14
Niedersachsen	40	44	16

Der Unterschied gegenüber den hohen Prozentzahlen der Zeitungsumfragen ist ersichtlich. In einer Befragung nach soziographisch-objektivem Querschnitt erscheint auch die

wesentliche Gruppe der „Unentschiedenen“. In der obigen Statistik erreicht sie in einigen Gesellschaftsgruppen fast ein Fünftel. Im Gesamtquerschnitt sprach sich die Hälfte gegen, ein Drittel für eine deutsche Beteiligung aus. Es handelt sich um eine ziemlich feste Meinungsbildung. Auffällige Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt bringt nur der Länderdurchschnitt. Wir sehen den Norden (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg) an der Spitze derer, die eine deutsche Beteiligung bejahen. Im deutschen Süden stoßen wir entweder auf betonte Ablehnung oder weitgehende Unentschiedenheit.

c) Analyse der Verhaltensweisen

Die Motive der 32% für eine deutsche Beteiligung:

Nehmen wir die Gruppe derer, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer gesamteuropäischen Armee aussprachen, als Ganzes, lassen sich aus den im freien Interview geäußerten Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

25% sind für deutsche Divisionen zur Abwehr des östlichen Bolschewismus

18% versprechen sich von einer deutschen Beteiligung eine Förderung der europäischen Einheit

15% stimmen unter dem Vorbehalt zu, daß den Deutschen in der Europa-Armee Gleichberechtigung eingeräumt wird

15% sehen in der Verteidigung eine notwendige Funktion des Staates

10% sind für ein wehrhaftes Deutschland

10% versprechen sich von deutschen Divisionen eine Milderung der Arbeitslosigkeit

7% betonen die Bedeutung der militärischen Erziehung für die Jugend.

Die Motive der 53% gegen eine deutsche Beteiligung:

Nehmen wir die Gruppe als Ganzes, lassen sich aus den Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

25% erklärten: Armee bedeutet Krieg

20% betonten, daß sie grundsätzlich gegen Militarismus seien

15% meinten, daß die Deutschen nur Kanonenfutter für andere wären

10% forderten allgemeine Abrüstung

10% (vor allem Frauen und Mütter) sagten, daß schon zuviel deutsches Blut geflossen sei

10% beriefen sich auf politische Erfahrungen: Kriegsverbrecheranklage — entwürdigende Behandlung deutscher Soldaten — zwangsweise Entwaffnung und Demontage

4% sagten: „Ohne uns“

3% meinten: Polizei genügt

3% verlangten eine rein deutsche Armee oder zuerst die Verwirklichung von Pan-Europa.

Die Analyse der Verhaltensweisen beweist die Vielschichtigkeit der Motiv-Gruppen. Bei den Anhängern der deutschen Beteiligung lassen sich drei fast gleich starke Strömungen erkennen: 1. Abwehr des Bolschewismus, 2. Stärkung der deutschen Souveränität durch eine deutsche, gleichberechtigte Armee, 3. Förderung der Europa-Einheit. Bei den Gegnern der deutschen Beteiligung erkennen wir als seelische Hauptgründe: 1. Kriegsfurcht, 2. Antimilitarismus, 3. Kriegsmüdigkeit (Höhe der Opfer),

4. Verletztes Ehrgefühl, 5. Mangelhafte Berücksichtigung der nationalen Interessen.

Zusammenfassung: Die Bejahung der deutschen Beteiligung ist nicht eine Zustimmung zu einer „Remilitarisierung“, sondern hat überwiegend politische Motive: Das gilt für die Abwehr des Bolschewismus ebenso wie für den Gedanken der Europa-Einheit. In der Mitte steht die nationale Forderung nach deutscher Souveränität. Die Ablehnung der deutschen Beteiligung ist auch nicht einfach eine primitive Ablehnung einer sogenannten „Remilitarisierung“, sondern wurzelt psychologisch: im erschütterten politischen Selbstvertrauen („Armee bedeutet Krieg“), in physischer und seelischer Erschöpfung, im verletzten Rechts- und Ehrgefühl. Nur ein Teil huldigt einem ideologischen und programmatischen Widerstand gegen jede Bewaffnung. Die Überwindung eines Erschöpfungszustandes braucht Zeit. Alles übrige ist eine Frage der Gewinnung des politischen Selbstvertrauens.

II. Befragung im Januar 1951

Im Januar 1951 legte die Forschungsstelle 1500 Personen aus allen Ländern der Bundesrepublik die Frage vor: „Sind Sie für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee im Rahmen des Verteidigungsplanes der Atlantikpakt-Staaten?“ — Diese Frage sollte eine Kontroll-Frage gegenüber der Umfrage von 1950 sein. Die Fragestellung war noch genauer auf die Situation zugespißt.

a) Die Berechnung des Querschnittes für die Auswahl der Befragten folgte den soziographischen Gesichtspunkten des Vorjahres, doch wurden die Ergebnisse der neuen Volkszählung entsprechend berücksichtigt.

b) Die Meinungsstatistik

Aus Raumgründen führen wir nur jene Teilgruppen an, die bedeutsame Abweichungen vom Gesamtquerschnitt zeigen:

	Ja	Nein	Unentschieden
Gesamtquerschnitt	43%	45%	12%
Männer	50%	40%	10%
Frauen	36	50	14
Wirtschaftl. Schwache und Lohnempfänger	39%	49%	12%
Mittlere Schichten	48	42	10
Gehob. Schichten und Oberschicht	49	37	14
Volksschule	35%	52%	13%
Mittelschule/Oberschule	49	40	11
Hochschule	54	36	10
Baden	42%	48%	10%
Württemberg/Hohenzollern	24	41	35
Baden-Württemberg	37	50	13
Rheinland-Pfalz	50	46	4
Bayern	43	43	14
Hessen	50	42	8
Nordrhein-Westfalen	43	45	12
Schleswig-Holstein	36	54	10
Niedersachsen	51	40	9
Hamburg	25	70	7

Gegenüber der Umfrage vom Vorjahre ergibt sich folgendes Bild: Die Gruppe der Unentschiedenen ist nur sehr wenig zurückgegangen. In die Mehrheit derer, die eine

bestimmte Stellung bezogen, teilen sich Bejahung und Ablehnung zu fast gleichen Hälften. Sehr auffällig ist eine starke Bewegung innerhalb der Teilgruppen. Männer stimmen zur Hälfte zu, Frauen nur zu einem Drittel. Das bestätigte die Prognose vom Vorjahre. Wir hoben die starke Wirkung politischer Motive, aber auch den auf Heilung durch die Zeit angewiesenen physischen und psychischen Erschöpfungszustand hervor. Die Männer reagierten stärker auf die politischen Motive, während die Frauen als Leidtragende der hohen Blutopfer in ihrer Zurückhaltung verharren. Wachsender Wohlstand in den sozialen Schichten und Bildungsstufe stärken die Neigung zu einer deutschen Beteiligung. Im Länderdurchschnitt zeigt sich wiederum der Süden besonders zurückhaltend.

Zusatzfrage: „Halten Sie die Einführung der Wehrpflicht für zweckmäßig?“

Den 43% im Gesamtdurchschnitt, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee im Rahmen des Verteidigungsplanes der Atlantikpaktstaaten aussprechen, legte die Forschungsstelle die zusätzliche Frage vor: „Halten Sie die Einführung der Wehrpflicht für zweckmäßig?“ Die Antworten ergaben folgenden Gesamtquerschnitt:

Ja:	38 %
Ja mit Vorbehalt:	10 %
Nein:	43 %
Unentschieden:	9 %

Analyse der Verhaltensweisen gegenüber der Wehrpflicht:

Nehmen wir die Gruppen, die mit „Ja“ oder „Ja mit Vorbehalt“ antworten (insgesamt 48%), als Ganzes, lassen sich aus den mündlichen Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

- 40% meinen: Freiwilligkeit genügt nicht — Verteidigung geht alle an: notwendiges Übel
- 18% betrachten Wehrpflicht als Erziehungsfaktor
- 15% meinen, Wehrpflicht gehört zum Wesen des Staates
- 15% erhoffen durch Wehrpflicht einen wirksamen Schutz gegen Angriffe aus dem Osten
- 12% führen politische („Gleichberechtigung“) oder soziale („Minderung der Arbeitslosigkeit“) Gründe an.

Nehmen wir die Gruppe, die mit „Nein“ antwortete (43%), als Ganzes, lassen sich aus den mündlichen Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

- 70% betonen: deutsche Beteiligung nur auf der Grundlage eines Freiwilligenheeres
- 25% führen politische Gründe an: Widerspruch zur Verfassung — Herausforderung des Ostens — Folgen der Entmilitarisierungspolitik
- 5% lehnen entschieden eine Wiedereinführung des Kommisses ab.

Zusammenfassend läßt sich zur Haltung der 43%, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee aussprachen, gegenüber der Wehrpflicht aussagen: Die knappe Hälfte sieht die Wehrpflicht als notwendig an, da sie sich von Freiwilligenmeldungen nicht den erwarteten Erfolg verspricht. Man befürchtet auch, daß sich bei Freiwilligkeit nur die „Früheren“ melden würden. Gerade die Wehrpflicht soll nach ihrer Meinung vor einer „Re“-militarisierung bewahren. Die andere — noch kleinere — Hälfte ist gegen eine Wehrpflicht, weil in ihr die Gefahr

eines Gewissenszwanges oder überhaupt eines „bösen Zwanges“ sieht. Man befürchtet politische Komplikationen. Ein kleine Gruppe wehrt sich leidenschaftlich gegen eine Wiedereinführung des Kommisses. Im Rahmen der Gesamtbefragung bedeutet diese Analyse: Die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee ist nicht gleichbedeutend mit einer Zustimmung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. In der Frage der deutschen Beteiligung ist der größere Teil mit mehr oder weniger Vorbehalt für die Wehrpflicht, der kleinere nur für ein Freiwilligenheer. Im gesamten hat der Wehrpflichtgedanke noch keine Aussicht, in der Volksmeinung eine absolute Mehrheit zu erlangen.

Die politische Situation

Wir sahen, daß in der Frage nach der deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee der politischen Situation und der politischen Fragestellung eine entscheidende Bedeutung zukommt. Wir machten die Probe auf diesen Schluß, indem wir den 1500 Befragten noch diese Frage vorlegten: „Wenn es zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Atlantikpakt-Staaten und Sowjetblock kommt: Soll sich die Bundesrepublik den Westmächten anschließen?“ In dieser Frage liegt der Schwerpunkt auf der politischen Situation, die freilich mit dem Begriff „Verschärfung der Spannungen“ die Konsequenz eines militärischen Konfliktes einschließt. Die Meinungsstatistik ergab im Gesamtquerschnitt:

Ja:	61 %
Nein:	21 %
Unentschieden:	18 %

Das bedeutet: daß es im Konfliktfall zwischen West und Ost die Frage einer „Re“-militarisierung kaum mehr gibt. Zwei Drittel fast sind im Konfliktfall für den Anschluß an die Westmächte. In ihren Verhaltensweisen auf Grund der mündlichen Begründungsaussagen kommt zum Ausdruck, daß Deutschland ideologisch und kulturell zum Westen gehöre und daß ihm kein anderer Weg übrigbleibe. Nur ein geeintes Europa könne dem östlichen Druck Widerstand leisten. Neutralität sei unmöglich. Nicht einmal ein Viertel lehnt den Anschluß an die Westmächte ab. Dieser Teil glaubt an die Möglichkeit der Neutralität und befürchtet im anderen Falle einen deutschen Bruderkrieg nach dem Beispiel Koreas.

Schlußfolgerung: Aus dieser vergleichenden, kritischen Darstellung verbleibt als Erkenntnis:

1. Fragen nach Remilitarisierung gehören in den Kreis der Restaurationsvorstellungen.
2. Die Restauration wird von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt. In diesem Sinne kann der vielberufene „deutsche Militarismus“ als tot gelten.
3. Die Frage einer deutschen Teilnahme an der Verteidigung Europas ist im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Frage des politischen Selbstvertrauens. Die hauptsächlichste Hemmung liegt in einer physischen und seelischen Erschöpfung.
4. Im Falle eines Konfliktes zwischen West und Ost wird sich die Mehrheit für einen Anschluß an die Westmächte entscheiden.

Wiesbaden, Ende April 1951

Forschungsstelle für Volkspsychologie
Dr. Franz Lorenz, wissenschaftlicher Leiter

Die Lage der Katholiken in Schweden

In Ihrem Heft 4/5 dieses Jahrgangs — Januar/Februar 1951 — veröffentlichen Sie eine Meldung des „Catholic Herald“ auf S. 168 der oben angeführten Nummer. Zu dieser Meldung haben wir um eine schwedische Stellungnahme gebeten und erfahren dazu von zuständiger Seite, daß es bei den Vorschlägen der eingesetzten Kommission nicht nur um die Stellung der Katholiken in Schweden geht. Die Kommission befaßt sich vielmehr mit einer Neuordnung der schwedischen Staatskirche überhaupt und aller anderen Glaubensgemeinschaften in Schweden. Zu dem Kommissionsentwurf liegt im übrigen bereits ein Gegenvorschlag vor. Wann die nunmehr eingeleitete Neuordnung endgültig wird, ist noch nicht abzusehen.

Zu den Einzelheiten wird folgendes von Schweden bemerkt: Es trifft nicht zu, daß nicht-römisch-katholische Kinder römisch-katholische Privatschulen nur mit besonderer königlicher Erlaubnis besuchen dürfen. Wenn die Schule als solche die behördliche Genehmigung dazu hat, kann sie ohne individuelle Genehmigung auch nicht-römisch-katholische Kinder unterrichten. Das gilt z. B. für die französische Schule in Stockholm. Richtig ist, daß katholische Kinder in Zukunft vom evangelischen Religionsunterricht in den Staatsschulen befreit werden sollen;

nicht richtig ist, daß sie ihre Prüfung in katholischer Religionslehre vor einer evangelischen Kommission abzugeben haben. Dagegen soll kontrolliert werden, ob sie nach der Abmeldung vom evangelischen Religionsunterricht auch wirklich am römisch-katholischen Unterricht teilnehmen. Da die Kommission vorsieht, daß die Pfarrer der Staatskirche auch weiterhin ihre Funktion als Standesbeamte behalten, würden auch in Zukunft römisch-katholische Brautleute, wie Sie richtig schreiben, ihr Aufgebot beim Pfarrer der Staatskirche in seiner Eigenschaft als Standesbeamter zu bestellen haben, während die Trauung in der römisch-katholischen Kirche erfolgt.

Während die Kommission die Bekleidung von Staatsämtern nur noch im Bereich der Justiz und Unterrichtsverwaltung an die Zugehörigkeit zur Staatskirche binden will, sieht der Gegenvorschlag vor, daß auch diese Ausnahme aufgehoben wird.

Richtig ist, daß religiöse Ordensniederlassungen mit königlicher Bewilligung zugelassen werden sollen, aber es sollen dabei ausländische Ordensleute entgegen Ihrer Meldung nicht ausgeschlossen sein.

Frankfurt a. M.

Kirchliches Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland

Gerhard Strathenwerth

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

CONGAR, M.-J., OP. „*Dieu a besoin des hommes*“. *Réflexions d'un théologien*. In: La Vie Intellectuelle Mai 1951 S. 4—22.

Ausgehend von dem Film, in dem eine priesterlose Gemeinde aus Verlangen nach „Kirche“ den Küster zwingt, alle Amtshandlungen eines Priesters auszuführen, erörtert Congar, wie weit die Mission des Laien in der Kirche gehen kann und von wo an das Wirken der Hierarchie unersetzlich ist: bei der eigentlichen Verwirklichung der Kirche, insbesondere bei der Weihe des Priesters, durch den allein wiederum das Sakrament der Eucharistie, die Messe, vollzogen werden kann. Taufe, Ehe, Weitergabe des Glaubens, selbst eine nicht sakramentale Beichte, nur das kann der Laie übernehmen.

SEMMELOTH, Otto. *Überlieferung als Lebensfunktion der Kirche*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 7 (April 1951) S. 1-11.

Der kath. Begriff der Tradition wird aus der Offenbarung selbst und aus der Heilsökonomie Gottes entwickelt, die die Belehrung fordert, um den Einzelnen zur Hingabe an Gott und für die unmittelbare Gnad* bereit zu machen. Die Überlieferung ist eine „lebendige“, d. h. Gottes Wort wird in ein Leben hereingenommen, das selbst schon voller Erkenntnisse und Wahrheiten ist; daraus entsteht die Problematik der Entfaltung des Glaubensgutes und des Kriteriums ihrer Rechtmäßigkeit.

Philosophie

LÖWITZ, K. *Skepsis und Glaube*. In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 247—258.

Mit der Titelunterscheidung, die dem in Nordamerika lebenden Philosophen wesentlich ist als der traditionelle Gegensatz von Vernunft und Offenbarung, will der Verfasser jene beiden Begriffe wieder in ihrer vollen Schärfe hervortreten lassen. Anhand von Kurzinterpretationen zu Tertulian, Kierkegaard und Pascal, in denen sich die drei Möglichkeiten des Verhältnisses von Skepsis und Glaube spiegeln (der ausschließende Gegensatz, der mögliche Überschritt von Skepsis zum Glauben, das mögliche Zusammenbestehen beider), soll das Wort „wer sucht, der findet“ seine Auslegung erfahren.

NINK, Caspar. *Vom Anfang der Philosophie*. In: Scholastik Jhg. 26 Heft 2 (1951) S. 177—190.

Aus dem Geist der Scholastik heraus wird alle transzendente und idealistische Philosophie, die mit einem absolut gewissen Satz beginnen will (das Ego bei Descartes und Husserl), abgewiesen. In der Auseinandersetzung mit den „Cartesianischen Meditationen“ Husserls wird einsichtig, daß allem Denken und Urteilen eine vorgegenständliche Seinserschließung zugrunde liegt, die prinzipiell die Grenzen der Subjektivität sprengt.

Kultur

GOLDBRUNNER, Josef. *Funktionelle Erziehung*. In: Katechetische Blätter Jhg. 76 Heft 4 (April 1951) S. 137—145.

Bericht zu einer Studienreise in Amerika, wo die katholische Privatschule mit viel Opferfreude und großem pädagogischem Geschick zu einer beneidenswerten Blüte gebracht wurde. Gerade auf dem religiösen Gebiet ist dort das „functional teaching“, die Überwindung der Lernschule in der Lebensschule wirksam geworden und hat Formen entwickelt, von denen wir lernen sollten.

KAMPMANN, Theoderich. *Der Übermensch, Mythos und Wirklichkeit*. In: Theologie und Glaube Jhg. 41 Heft 1 (1951) S. 23—40.

Der Aufsatz wird fortgesetzt. Aus Nietzsche und Dostojewski spricht eine lange Entwicklung, die den Glauben an den Übermenschen schon zu einem Allgemeingut werden ließ, ihn also breiter machte, als er literarisch erscheint. Die Studie weitet sich zu einem allgemein geistesgeschichtlichen Essay aus.

LÜDERS, E. M. *Die Wiederentdeckung des Bösen in der modernen Literatur*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 7 (April 1951) S. 23—33.

Dieser Artikel hebt sich aus der Flut der Beiträge zur Diskussion um die Darstellung der Sünde im modernen Roman heraus. Es wird die gewichtige Frage gestellt, ob wir (bes. die Deutschen mit ihrer eigenartigen Geistesgeschichte) die heute allgemein als falsch erkannte optimistisch-harmonistische Epoche des 18. und 19. Jahrhunderts als Irrweg ablegen können, ohne historische Substanz zu verlieren. An Eliot wird der Umschwung zum objektiv-metaphysischen Wirklichkeitssinn gezeigt, der uns die schwierige Aufgabe auferlegt, die jüngere Vergangenheit umzudeuten und bislang verdeckte Strömungen des Katholizismus zur Präsenz zu bringen.

WENIGER, Erich. *Bildung und Persönlichkeit. Georg Misch zum 70. Geburtstag*. In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 216—229.

Der bekannte Pädagoge versucht, in einem Zeitschriftenaufsatz Kritik an der ganzen bisherigen Bildungstheorie zu üben und die Grundzüge und Grundkategorien einer neuen Theorie, die man Erziehung zur Freiheit nennen möchte, zu entwerfen. Die Kritik stellt sich dar als eine „heilsame Resignation“ auf das Erreichbare. Die Bildung soll nicht mehr auf „Persönlichkeit“ abzielen, sondern nur die eigentlichen Entscheidungen des Lebens dadurch vorbereiten, daß sie die überlieferten hohen Güter bereitstellt und in Geltung hält, im übrigen aber den Menschen für die wenigen Entscheidungen, in denen er selbst „kompetent“ ist, frei läßt.